



Newsletter Netzwerk Verkehrssicherheit

Ausgabe 5 | Mai 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Newsletter möchten wir Sie über folgende Themen informieren:

1. Aus den Brandenburger Landkreisen

- Brandenburger Kabinett veröffentlicht Alleenkonzption 2030
- 3. Kindernotfalltag an der Lutki Grundschule Sielow
- 3. Blaulichttag im KiEZ am Frauensee
- Fachtagung „Gut zu Fuß in Brandenburger Städten“ in Potsdam

2. Blick über die Landesgrenze

- Europäischer Polizeikongress: Konsequente Sanktionen erforderlich
- Partnerkonferenz der Kampagne #mehrAchtung
- Reifendruckkontrollsystem-Pflicht für Lkw, Busse und schwere Anhänger

3. Lesens- und Sehenswertes rund um die Verkehrssicherheit

- Informationskampagne gegen illegale Straßenrennen
- Targobank veröffentlicht Autostudie
- Broschüre „Tour de Freude“

4. Termine und Hinweise

- Pedelec-Tuning: Gefährliche Überlastung für die Bremsen
- Symposium „Fahrschule & Berufskraftfahrer“

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen beim Lesen!

Erik Schubert, Hendrik Albert, Jennifer Bode, Julia Godemann und Sebastian Zemlin

Brandenburger Kabinett veröffentlicht Alleenkonzption 2030



© IFK

Die Brandenburger Landesregierung hat mit ihrer Alleenkonzption 2030 einen Plan vorgelegt, wie der Alleenreichtum im Land Brandenburg als charakteristisches Markenzeichen weiterhin erhalten werden soll. Damit wird die Alleenkonzption aus dem Jahr 2007 fortgesetzt. Seitdem hat sich der Bestand an Alleen deutlich verringert: 2006 wurden 2.340 Kilometer Alleen gemessen, aktuell sind es noch 1.740 Kilometer. Dies entspricht einem Rückgang um etwa 26 Prozent, was sich darauf zurückführen lässt, dass deutlich mehr Bäume gefällt als neu gepflanzt (200 Kilometer) wurden. Der Grund für die Fällungen: In etwa 90 Prozent der Fälle wurden die Alleen abgeholzt, um die Folgen eines möglichen Abkommens von der

Fahrbahn abzumildern. Viele solcher Unfälle enden an einem Straßenbaum mit schweren oder tödlichen Verletzungen. Neu angepflanzte Alleen werden mit einem Abstand von 4,50 Metern zum Fahrbahnrand gepflanzt. Weiterhin wird zur anderen Seite hin ein Pufferbereich von zwei Metern eingehalten. Dadurch wird im Vergleich zu früheren Alleenplanungen deutlich mehr Fläche benötigt.

Die neue Alleenkonzption enthält 36 Umsetzungsmaßnahmen und schließt auch Baumreihen ab 100 Metern Länge mit ein. In den Jahren 2024 bis 2028 sollen etwa 20.000 Straßenbäume mit Reihen- und Alleencharakter gepflanzt werden, was etwa fünf Prozent des derzeitigen Bestands an Straßenbäumen (420.000) entspricht. Die Konzption sieht nicht nur Neupflanzungen an außerörtlichen Bundes- und Landesstraßen vor. Stattdessen soll auch angeregt werden, dass Kreis- und Kommunalstraßen entsprechend bepflanzt werden. Insbesondere Ortsdurchfahrten sollen in diesem Zusammenhang in den Blick genommen werden, um die Aufenthaltsqualität zu erhalten bzw. zu erhöhen.

Der Landesbetrieb Straßenwesen soll ein digitales Baumkataster aufbauen, in dem jeder Straßenbaum mit einem Steckbrief einzeln erfasst wird. Die vereinfachte Zusammenlegbarkeit von Flurstücken wird anhand von zwei Pilotprojekten ausgewertet. Weiterhin soll ein Kompetenzzentrum für Straßenbäume aufgebaut werden, um eine wissenschaftliche Begleitung sicherzustellen.

Detaillierte Informationen sind unter mil.brandenburg.de abrufbar.

3. Kindernotfalltag an der Lutki Grundschule Sielow



© IFK

Am 08. Mai 2024 fand an der Lutki Grundschule Sielow in Cottbus der dritte Kindernotfalltag statt. Die Schülerinnen und Schüler der Grundschule konnten sich an diesem Tag mit verschiedenen Themen der Verkehrssicherheit auseinandersetzen. So hatten sie unter anderem die Möglichkeit, wichtige Kenntnisse für die sichere Verkehrsteilnahme zu Fuß oder mit dem Fahrrad spielerisch zu erlernen. Der alle zwei Jahre stattfindende Verkehrssicherheitstag wurde vom Netzwerk Verkehrssicherheit begleitet. Weitere Stationen wurden von der Präventionsabteilung der Polizeiinspektion Cottbus/Spree-Neiße, der Verkehrswacht Cottbus, dem ADFC Brandenburg und vielen weiteren Helferinnen und Helfern betreut.

3. Blaulichttag im KiEZ am Frauensee



© IFK

Am 27. April 2024 fand der dritte Blaulichttag im KiEZ am Frauensee statt. Die Veranstaltung wurde organisiert vom Kreisfeuerwehrverband Dahme-Spreewald, der Gemeinde Heidesee sowie dem KiEZ am Frauensee und stand unter dem Motto: „Jeder kann helfen“. Die Veranstaltung war eine Gelegenheit für zahlreiche Akteure aus Hilfs- und Katastrophenschutzorganisationen, ihre Arbeit und Einsatzmöglichkeiten vorzustellen. Auch das Netzwerk Verkehrssicherheit wurde eingeladen und war mit einem vielfältigen Angebot vertreten. Der Bobbycar-Parcours zog vor allem die Kleinsten an, die mit Begeisterung ihre Fahrkünste unter Beweis stellten. Ein Info-stand bot den Erwachsenen wichtige Informationen rund um das Thema Verkehrssicherheit.

Fachtagung „Gut zu Fuß in Brandenburger Städten“ in Potsdam



© IFK

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Städte und Gemeinden in Brandenburg und für eine nachhaltige Gestaltung der innerörtlichen Mobilität gewinnt der Fußverkehr zunehmend wieder an Bedeutung. Aus diesem Grund veranstaltete das Referat 22 „Stadtentwicklung“ des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) am 16. Mai 2024 in Potsdam die Fachtagung „Gut zu Fuß in Brandenburger Städten“.

Das Grußwort sprach Staatssekretär Uwe Schüler. Es folgte ein Einstieg zum Thema „Fußverkehr in der Mobilitätswende“ durch Wolfgang Aichinger, Projektleiter „Städtische Mobilität“ der Initiative „Agora Verkehrswende“. Herr Aichinger moderierte die Veranstaltung im ersten Abschnitt, in dem anhand von Beispielen von Brandenburger Kommunen ein Ist-Zustand des Fußverkehrs in Brandenburg abgebildet wurde. Hierzu sprachen Elisabeth Herzog-von der Heide, Bürgermeisterin von Luckenwalde, Jan Juraschek, Baudezernent der Stadt Neuruppin und Norman Niehoff von der Landeshauptstadt Potsdam. In einer gemeinsamen Gesprächsrunde zeigten sie auf, welche Hürden genommen werden müssen, um den Fußverkehr im Land Brandenburg auf kommunaler Ebene zu fördern. Abgesehen von finanziellen Herausforderungen nannten sie vor allem die für die umfassende Umsetzung fußverkehrsfreundlicher Infrastruktur benötigte Verfügbarkeit von geeignetem Personal.

Durch den zweiten Abschnitt der Veranstaltung führte Dr. Michaela Christ vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu). Hier folgten in kurzen Impulsvorträgen Stellungnahmen zum Fußverkehr aus unterschiedlichen Perspektiven. Der Einstieg in das Thema „Fußverkehr und Verkehrssicherheit“ erfolgte durch Thiemo Kunze vom Forum für Verkehrssicherheit des Landes Brandenburg (IFK). Frau Louisa Döring vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBJS) verdeutlichte die Bedeutung des Fußverkehrs für junge Menschen und erläuterte, wie Mobilitätsbildung und Verkehrserziehung im Brandenburger Bildungsplan verankert ist. Die Landesbehindertenbeauftragte Frau Janny Armbruster (MSGIV) lieferte Impulse zur Bedeutung der Barrierefreiheit. Frau Antje Hendriks von der Brandenburgischen Architektenkammer verdeutlichte den Wandel der Bedeutung des Fußverkehrs und städtebaulicher Entwicklung im Kontext einer sich wandelnden Gesellschaft. In der anschließenden Gesprächsrunde waren sich alle Vortragenden einig, dass die nachhaltige Gestaltung einer innerörtlichen Mobilität vielen Aspekten unterliegt und bauliche Veränderungen zugunsten des Fußverkehrs nur gut durchdacht und unter Einbezug der Bevölkerung – von Anfang an – erfolgsversprechend ist.

Abschließend hob Frau Katharina Burkhardt (Referatsleiterin Ref. 22, MIL) hervor, dass Zusammenarbeit als Kriterium für eine nachhaltige Gestaltung des Fußverkehrs und der innerörtlichen Mobilität zu verstehen sei. Durch den Austausch zu Leuchtturmprojekten und durch Fachexpertise auf Landesebene könne dem Fachkräftemangel möglicherweise entgegengewirkt werden. Weiterhin müsse eine integrierte Stadtplanung das Ziel sein, bei dem der Fußverkehr bereits von Anfang berücksichtigt wird. Die Fachtagung am 16. Mai 2024 soll als Auftakt einer Reihe von Veranstaltungen verstanden werden, welche den Fußverkehr und innerörtliche Mobilität thematisieren und den Beteiligten einen fachlichen Austausch ermöglichen.

2. Blick über die Landesgrenze

Europäischer Polizeikongress: Konsequente Sanktionen erforderlich



© Behörden Spiegel – ProPress Verlagsgesellschaft

Am 16. und 17. April 2024 fand im Kongresszentrum „City-Cube Berlin“ der 27. Europäische Polizeikongress als größte europäische Konferenz im Bereich der inneren Sicherheit statt. Vor Ort waren Führungskräfte aus Polizei, Grenzschutz und Geheimdienst sowie Verantwortliche aus Politik und Verwaltung. Unter dem Titel „Europa – Integrierte Sicherheit – Rechtsstaat – Demokratie – Akzeptanz“ sprach der stellvertretende Bundesvorsitzende Michael Mertens von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Thema „Europa auf dem Weg zur Vision Zero: Best Practices zur Optimierung der Verkehrsüberwachung“. Die GdP wies darauf hin, dass Pilotprojekte zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in Deutschland häufig ignoriert würden. Sie forderte daher, ein Konzept vorzulegen, wie das Ziel der Vision Zero erreicht werden soll. Der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke sprach sich zudem dafür aus, die Verkehrskontrollen deutlich auszuweiten und die Sanktionen gegen Verkehrsverstöße zu erhöhen.

Weitere Informationen zum Europäischen Polizeikongress und seinem Programm finden Sie unter europaeischer-polizeikongress.de.

Partnerkonferenz der Kampagne #mehrAchtung



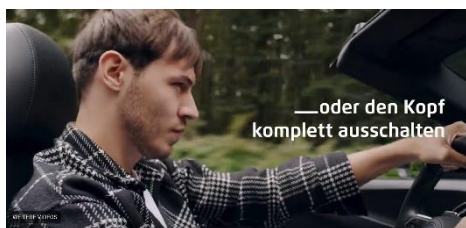
© BMDV

Am 16. Mai 2024 fand im Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) anlässlich des einjährigen Bestehens der Kampagne #mehrAchtung eine Konferenz für Angehörige der Arbeitsgruppe „Kommunikation“ statt. Das Grußwort sprach Bundesminister Dr. Volker Wissing (FDP). Es folgten zwei Podiumsgespräche, bei denen die Sichtweisen verschiedener Interessengruppen im Fokus standen. So kamen mit Patrick Pilat etwa ein Vertreter der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten (VDStra.) und mit Laura Gehlhaar eine Aktivistin für Barrierefreiheit zu Wort. Nach der Mittagspause folgte ein Vortrag über die Mediennutzung verschiedener Altersgruppen durch einen Mitarbeiter des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB). Erwartungsgemäß stieg der Konsum digitaler Medien mit fallendem Alter, eine besonders erfolgreiche Entwicklung legte in den letzten Jahren die Plattform „Instagram“ hin. Im Anschluss präsentierten der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) und die Berliner Polizei ihre Aktivitäten im Bereich der Sozialen Medien. Während der DVR als Beispiel dafür „komm gut an.“ hervorhob, eine Kampagne für junge Auszubildende, gingen die beiden Vortragenden Polizisten auf die Bedeutung der Sozialen Medien für die Rekrutierung neuer Polizeikräfte ein. Danach berichtete die Agentur „Scholz & Friends“, die #mehrAchtung betreut, über ihre bisherigen Maßnahmen innerhalb der Kampagne und

gab einen kurzen Ausblick auf die Zukunft. So wurden beispielsweise die Werbemaßnahmen der Kampagne im Zusammenhang mit der Cannabislegalisierung der Bundesregierung präsentiert. Weiterhin wurde das Brandenburger Polizeipräsidium als neuer Kampagnenpartner vorgestellt. Nach der Verabschiedung durch BMDV-Pressesprecherin Bettina Lauer konnten die Anwesenden den Tag bei Kaffee und Kuchen ausklingen lassen.

3. Lesens- und Sehenswertes rund um die Verkehrssicherheit

Informationskampagne gegen illegale Straßenrennen



© ACV

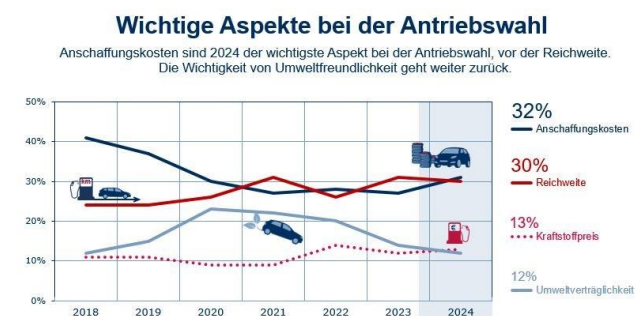
Die Kampagne #rasenkicktanders des ACV Automobil-Club Verkehr soll insbesondere junge Menschen im Alter von 12 bis 20 Jahren für die Konsequenzen von illegalen Kfz-Rennen auf öffentlichen Straßen sensibilisieren. Zentraler Bestandteil der Aktion sind zwei Kurzvideos und eine Broschüre.

Im ersten Video sind vier junge Männer zu sehen, die sich ein Auto für eine gemeinsame Spritztour leihen. An einer Ampel lässt sich der Fahrer von einem anderen Verkehrsteilnehmer zu einem spontanen Straßenrennen provozieren. Das Video endet mit einem lauten Knall und konfrontiert mit den möglichen Folgen eines auch noch so kurzen Fehlverhaltens: Lebenslange Schuld. Illustriert wird dies durch die Nahaufnahme einer Gedenkstelle für eine tödlich verunglückte siebenjährige Radfahlerin. Im zweiten Video wird ein junges Paar gezeigt, das sich für einen Tagesausflug ein Cabrio leiht. Vom Geschwindigkeitsrausch geblendet, verunglücken auch sie. Die Botschaft: Rasen kann zu schwerwiegenden und dauerhaften Folgen führen.

In seiner Broschüre beleuchtet der ACV Hintergründe für illegale Straßenrennen. Dabei werden die Gesetzeslage, Täter- und Opfergruppen sowie die verwendeten Fahrzeuge thematisiert. Weiterhin werden Idee, Konzept und Zielgruppe der Kampagne erläutert sowie drei Präventionsansätze vorgestellt: Es wird darauf hingewiesen, dass andere Fahrzeuginsassen einen erheblichen Einfluss auf die fahrende Person haben. Diese sollten in einem entsprechenden Fall direkt zum Abbruch und zum Unterlassen riskanter Fahrmanöver auffordern. Eine weitere Möglichkeit zur Einschränkung illegaler Straßenrennen sieht der ACV im Ausleihverbot von hochmotorisierten Fahrzeugen an junge Menschen. Schließlich spricht sich der Automobilclub für eine Leistungsobergrenze von 150 PS/110 kW in der Fahrerlaubnis für junge und fahrerunerfahrene Menschen aus.

Detaillierte Informationen sind unter acv.de abrufbar.

Targobank veröffentlicht Autostudie



© Targobank

Die Targobank hat auch in diesem Jahr erneut eine Umfrage unter Autofahrerinnen und Autofahrern durchführen lassen. Ziel war es, die Entscheidungskriterien für den Autokauf, die Einstellung zu unterschiedlichen Antriebsarten und die grundsätzlichen Ansichten zu aktuellen verkehrspolitischen Fragestellungen in Erfahrung zu bringen.

Im Folgenden werden einige Ergebnisse der Umfrage genannt: Die Mehrheit der Befragten (66 %) lehnte das für ab 2035 in Kraft

tretende Verbrennerverbot der EU ab. Im Vorjahr lag dieser Wert etwas niedriger (64 %). 31 Prozent (+1 % zum Vorjahr) präferierten Benziner beim Autokauf, 13 Prozent (+3 % zum Vorjahr) bevorzugten Dieselfahrzeuge. 15 Prozent (-3 % zum Vorjahr) könnten sich vorstellen, ein Hybridauto zu kaufen, bei Wasserstoffautos waren es 3 Prozent (-3 % zum Vorjahr). Für 17 Prozent (+1 % zum Vorjahr) käme ein Elektroauto in Frage, 21 Prozent waren unentschieden. 29 Prozent (-7 % zum Vorjahr) der Befragten, die aktuell einen Diesel oder Benziner fahren, planen beim nächsten Autokauf einen Umstieg auf alternative Antriebsarten. 23 Prozent der Befragten gaben an, sich mindestens einmal im vergangenen Jahr ein „Deutschlandticket“ zugelegt zu haben. Davon habe etwa die Hälfte (55 %) die Nutzung von privaten Pkw, Motorrollern und Motorrädern reduziert. Die auf EU-Ebene diskutierten Führerschein-Reformen unterstützte eine Mehrheit der Befragten. So sprachen sich 71 Prozent für eine regelmäßige Fahrtauglichkeitsüberprüfung ab 70 Jahren aus. 67 Prozent befürworteten eine ärztliche Untersuchung bei Führerscheinwerb. 87 Prozent stimmten für Fahrverbote und Führerscheinentzüge in allen EU-Staaten. 48 Prozent hielten einen digitalen Führerschein auf dem Handy für sinnvoll. 63 Prozent der Befragten votierten für eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung, 35 Prozent sprachen sich dagegen aus. Als angemessen wurde ein Tempolimit von 133 km/h (+ 2 km/h zum Vorjahr) empfunden.

Weitere Ergebnisse der Umfrage sind unter presseportal.de/ abrufbar.

Broschüre „Tour de Freude“



© DVR

Die Broschüre „Tour de Freude“ des Deutschen Verkehrssicherheitsrats (DVR) gibt Hinweise und Empfehlungen zur Verkehrsteilnahme mit dem Pedelec. Einleitend werden charakteristische Eigenschaften von Pedelecs verdeutlicht, insbesondere im Vergleich zu herkömmlichen Fahrrädern. Der Fokus der Broschüre liegt auf drei Alltagsbeispielen, in denen die Hauptperson ihr Pedelec nutzt. Dabei werden Sicherheitstipps gegeben, welche für die jeweilige Person bei ihrer Fahrt relevant sind: Inge macht mit ihrem Pedelec eine Tour ins Umland. Dabei wird die Bedeutung des langsamen Anfahrens, der Abfahrt, des Helmtragens und des Vorab-Ausprobierens nahegebracht. Peter macht einen Ausflug auf den Wochenmarkt. Hier liegt der Fokus der Tipps auf einer guten Sichtbarkeit, der Geschwindigkeitsanpassung an Witterung und Straßenverhältnisse sowie auf einer vorausschauenden Fahrweise. Martina nutzt ihr Pedelec, um ihren Enkel vom Kindergarten abzuholen. Mit diesem Beispiel werden die Besonderheiten von E-Lastenfahrrädern thematisiert. Abschließend werden die Lektionen in einer Übersicht zusammengefasst und um weitere Punkte ergänzt.

Die Broschüre kann unter dvr.de abgerufen werden.

4. Termine und Hinweise

Pedelec-Tuning: Gefährliche Überlastung für die Bremsen

Schätzungen zufolge sind bis zu zehn Prozent aller Pedelecs, also aller Elektrofahrräder mit einer Motorunterstützung bis zu 25 km/h, getunt. Dabei werden am Pedelec Veränderungen vorgenommen, die häufig dazu führen, dass die Drosselung umgangen wird und das Pedelec schneller als vorgesehen fahren kann. Dies ist nicht nur illegal, sondern auch gefährlich. Viele Akteure der Verkehrssicherheitsarbeit warnen vor dem Tuning: Die Bremsen sind nicht für höhere Geschwindigkeiten ausgelegt und erhöhen somit das Sicherheitsrisiko.

Die Pedelecs werden häufig mit sogenannten Kits aus dem Internet getunt. Ein getunt Pedelec darf legal aber nur auf Privatgrundstücken und nicht im regulären Straßenverkehr gefahren werden. Wird beispielsweise die Drosselung umgangen und kann das Pedelec in der Folge mehr als 25 km/h mit elektrischer Unterstützung fahren, ist eine Betriebserlaubnis und eine Versicherung erforderlich. Können diese im Zusammenhang mit einer Kontrolle nicht vorgelegt werden, muss allein für alle Kosten aufkommen und mit zivilrechtlichen Konsequenzen gerechnet werden.

Reifendruckkontrollsystem-Pflicht für Lkw, Busse und schwere Anhänger

Ab dem 01. Juli 2024 gilt die Reifendruckkontrollsystem-Pflicht auch für Nutzfahrzeuge. Betroffen sind alle in der EU neu zugelassenen Fahrzeuge der Klassen N1 bis N3 (Lkw), M1 bis M3 (Busse und Wohnmobile) sowie O3 und O4 (Anhänger mit einer zulässigen Gesamtmasse über 3,5 Tonnen, darunter auch Sattelaufzieger). Ziel ist es, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Häufigkeit von Pannen zu verringern. Ein bedeutender Anteil von Nutzfahrzeugpannen geschieht aufgrund von Reifenschäden. Diesen kann häufig durch einen passenden Fülldruck entgegengewirkt werden. Auch die Haltbarkeit der Reifen und der Kraftstoffverbrauch können durch den richtigen Reifendruck optimiert werden.

Symposium „Fahrschule & Berufskraftfahrer“

Vom 06. bis 07. November 2024 findet in Dortmund das Symposium „Fahrschule & Berufskraftfahrer“ der Zeitschriften „Fahrschule“ und „Verkehrs-Rundschau“ statt. Eingeplant sind verschiedene Vorträge und Freiräume für den gegenseitigen Austausch. Der Schwerpunkt des ersten Tages liegt auf dem Bereich der Fahrschulausbildung. Dabei werden unter anderem die künftigen Kompetenzrahmen bzw. Ausbildungsverläufe aller Klassen, der Einsatz von Simulatoren und die Möglichkeiten digitaler Ausbildungskonzepte thematisiert. Der zweite Tag ist der Kraftfahrt im beruflichen Kontext gewidmet. Hier werden beispielsweise aktuelle Neuerungen vorgestellt, ein Bericht zum Thema „Fahrlehrermangel“ präsentiert und der Status Quo beim BKF-Register erläutert.

Detaillierte Informationen und ein Anmelde-Link sind unter [verkehrsrundschau.de](https://www.verkehrsrundschau.de) abrufbar.

Haftungsausschluss

Dieser Newsletter wurde mit großer Sorgfalt erstellt. Alle Inhalte sind zur allgemeinen Information bestimmt und stellen keine geschäftliche, rechtliche oder sonstige Beratungsdienstleistung dar. Ein Anspruch auf Vollständigkeit besteht nicht. Das „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“ übernimmt keine Gewähr und haftet nicht für etwaige Schäden materieller oder ideeller Art, die durch Nutzung der Informationen verursacht werden, soweit sie nicht nachweislich durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit verschuldet sind.

Für die Inhalte von verlinkten Internetseiten ist das „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“ nicht verantwortlich. Für die Angebote Dritter wird keine Haftung übernommen.

Impressum

Der Newsletter ist kostenfrei und erscheint monatlich. Für weiterführende Informationen, aber auch für Anregungen und Kritik, wenden Sie sich bitte an uns:

Bereich Nord

E-Mail: sebastian.zemlin@ifk-potsdam.de, julia.godemann@ifk-potsdam.de, jennifer.bode@ifk-potsdam.de; Tel.: +49 (0)33055 – 23 91 56

Bereich Süd

E-Mail: erik.schubert@ifk-potsdam.de, hendrik.albert@ifk-potsdam.de, Tel.: +49 (0)355 – 12 15 919

Weitere Informationen zum Projekt „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“:
www.netzwerk-verkehrssicherheit.de

Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und
Jugendforschung e. V. an der Universität Potsdam (IFK e. V.)
Zweigstelle Kremmen
Staffelder Dorfstraße 19
16766 Kremmen OT Staffelde

Newsletter abbestellen:

Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese E-Mail mit dem Betreff „Newsletter abbestellen“.